

Platz abbeck

Nr. 7, 24. November 2011

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Ein Monitoring der drei Kölner Bürgerhaushalte muss jetzt sein

Der Bürgerhaushalt 2012 ist abgeschlossen und auch diesmal war es anders, als man zuvor vermutet hatte. Dieses Jahr hat der Beirat des Bürgerhaushaltes den Themenblock „Kultur“ in den Bürgerhaushalt aufgenommen. Dennoch war das Interesse der Kulturszene am Bürgerhaushalt sehr gering. Was eigentlich verwundert, weil sich doch gerade in diesem Bereich viele Menschen gesellschaftspolitisch engagieren. Insgesamt hat der Bereich „Kultur“ gerade mal so viele Vorschläge wie das Thema „Wirtschaftsförderung“ für sich verbuchen können. Das lässt schon tief blicken! Erfreulich dagegen ist, dass es viele Vorschläge zum Thema „Kinder und Jugend“ gab.

Einsamer und ewiger Bester bei allen Bürgerhaushalten ist der Vorschlag 30, die Bäder in Nippes und Weiden nicht zu schließen – 1046 Bürger und Bürgerinnen stimmten für diesen Vorschlag. Bei der Wirtschaftsförderung ist mit 839 Pro-Stimmen die Forderung „Kein Einkaufszentrum auf dem Heliosgelände“ auf Platz 1 gelangt und im Bereich Kultur erhielt der Vorschlag „Kein Abriss des Autonomen Zentrums – Alternative Kultur erhalten“ 480 Stimmen. Zu allen drei Vorschlägen gibt es Bürgerinitiativen, die sich sehr engagiert eingebracht haben. Das hat auch dazu geführt, dass die Voten mit 50796 ähnlich hoch sind wie beim Bürgerhaushalt 2008, auch wenn deutlich weniger Vorschläge – 643 gegenüber 4973 – eingebracht wurden. Da in Zukunft nicht mehr 100 Vorschläge pro Themenblock, sondern nur 25 umgesetzt werden sollen, ist der Kampf um die besten Plätze schärfer geworden.

Jetzt ist die spannende Frage, ob der Rat der Stadt Köln in den bevorstehenden Haushaltberatungen alle diese Vorschläge auch umsetzen wird. Bisher ist aus politischen Gründen kein Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt verworfen worden: Wird sich der Stadtrat, insbesondere SPD, Grü-

weiter Seite 2

Die Stadtbibliothek stärken!

Die Stadtbibliothek ist nach den Schulen die wohl wichtigste Kultur- und Bildungseinrichtung in Köln. Die Bibliothek ist für viele Erwachsene das bedeutendste und für viele Kinder und Jugendliche das erste Bildungs- und Kulturangebot, das sie nutzen.

Von der Kölner Politik wird die Bibliothek allerdings nicht so behandelt, wie es ihrer Bedeutung entspricht. Denn das Pech der Bibliothek ist es, dass sie keine Pflichtaufgabe der Stadt ist. Das bedeutet, dass die Stadt nicht durch Landes- oder Bundesgesetze dazu verpflichtet ist, eine öffentliche Stadtbibliothek zu betreiben.

„Tegisches Management von öffentlichen Bibliotheken“ listet das Ergebnis dieser Kürzungen auf: Gab es 1999 noch 18 Bibliotheksstandorte in Köln, so waren es 2008 nur noch 13. Die Öffnungsstunden pro Jahr sanken im selben Zeitraum von knapp 25000 auf nur noch 17000. Die Zahl der Neuanmeldungen sank von 21795 in 1999 auf 14669 in 2008. Der Großteil dieser Kürzungen und der resultierenden Einbrüche in den Nutzerzahlen fand 2003/2004 unter der damaligen Koalition von CDU und Grünen statt.

Es gab auch schon einmal vier Bücherbusse und nicht nur einen in Köln. Sie boten in den Stadtteilen, die zu weit von der nächsten Zweigstelle entfernt waren, ein Bibliotheksangebot für die Einwohner. Drei dieser Busse wurden 2004 eingestellt, der vierte nur durch die Initiative des Fördervereins der Bibliothek gerettet. Trotzdem wurde er immer



Aus diesem Grund kam die Stadtpolitik immer wieder auf die Idee, bei der Stadtbibliothek zu kürzen, wenn die städtischen Finanzen eng wurden. Der Endbericht der Kölner Fachhochschule zum Thema „Stra-

wieder von der Stilllegung bedroht – zuletzt im vergangenen Jahr, als ihn zu streichen einer der Vorschläge der Task Force war.

Erst seit kurzer Zeit verändert sich die Haltung im Kölner Rat und in der Stadtpit-



Bürgerhaushalte 2008, 2010 und 2012 im Vergleich

	2008	2010	2012
Themen	3	2	3 und Sparen
Teilnehmer	11.744	10.278	7.148
Internet-Seiten aufrufen	843.476	849.684	442.816
Vorschläge gemacht	4.973	1.254	643
Kommentare	9.163	4.664	2.449
Voten/Bewertungen	52.746	38.470	50.796
Sparvorschläge	23 %	26 %	?

ne und die FDP anmaßen, die Vorschläge, die Bäder zu erhalten, auszuhebeln und die Bäder kurzfristig und vorzeitig abzubrechen?

An diesem Konflikt wird deutlich, dass der Kölner Bürgerhaushalt ein Glaubwürdigkeitsproblem hat. Denn es kann doch nicht sein, dass der Spitzenreiter zweier Bürgerhaushalte 2008 und 2012 nicht umgesetzt wird und sich der Rat schon wieder einfach darüber hinwegsetzt.

Immer wieder fragen die Leute, ob denn alle beschlossenen Projekte auch tatsächlich umgesetzt worden sind. Zwar hört man immer wieder von umgesetzten Vorschlägen, wie der Renovierung von 60 Kinderspielplätzen – einer Forderung aus dem Bürgerhaushalt 2008. Insgesamt aber mangelt es an Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Deshalb sollte der Beirat des Bürgerhaushalts jetzt zeitnah tagen und ein Monitoring durchführen, d. h. prüfen welche Vorschläge bereits umgesetzt wurden, welche nicht umgesetzt werden, und welche Vorschläge noch umgesetzt werden können und sollen. *Jörg Detjen*

ze. Im März hatte eine Anfrage der LINKEN im Kulturausschuss die erschreckende Lage der Stadtbibliothek aufgezeigt. Die Kölner Bibliothek ist schlechter mit Personal und finanziellen Mitteln ausgestattet als jede andere Stadtbibliothek in einer deutschen Großstadt. Und dieser Abstand ist deutlich. Etwa 40 % liegt die Kölner Stadtbibliothek unter dem, was im Mittel in anderen Städten für diese Bildungseinrichtung ausgegeben wird.

Diese Anfrage brachte die Stadtbibliothek wieder auf die städtische Agenda. Die Debatte im Kulturausschuss wurde zusätzlich noch befeuert durch ein Flugblatt des Personalrates der Stadtbibliothek, in dem dieser die große Belastung des Personals anprangerte. Die Mitarbeiter müssen nämlich auch diese Suppe ausbaden: In Köln kommen auf jeden Mitarbeiter doppelt so viele Ausleihen wie im Mittel der deutschen Großstädte.

Die Verwaltung erkannte, dass diese Situation nicht haltbar war und brachte nach der Sommerpause eine Vorlage ein, durch die der Stadtbibliothek 370 000 Euro zu-

sätzlich zu ihrem Haushalt gewährt wurden. Damit wurde verhindert, dass die Bibliothek – wie im Vorjahr – den Etat für Neuanschaffungen plündern musste, um die dringendsten Löcher zu stopfen. Für 2012 soll laut Haushaltsentwurf der Etat der Stadtbibliothek um 890 000 Euro gesteigert werden.

Offenbar ist die Stadtführung aufgewacht und sieht jetzt, dass die Stadtbibliothek eine bedeutende Kultur- und Bildungseinrichtung ist, die nicht weiterhin gekürzt werden darf.

Diese neue Wendung möchten wir nutzen und dauerhaft machen! Wir wollen, dass der Rat sich zur Bedeutung der Bibliothek für die Kölnerinnen und Kölner bekennt. Wir wollen, dass die Stadtbibliothek gestärkt wird.

In den nächsten fünf Jahren soll die Ressourcenausstattung der Kölner Stadtbibliothek wenigstens das Mittel der deutschen Großstadtbibliotheken erreichen. Das ist ein eher bescheidenes Ziel – aber ein wichtiges Ziel, für die Mitarbeiter und für die Einwohner. *wk*

Vorschlag zum Erhalt der Bäder gewinnt im Bürgerhaushalt 2012

Mitte November endete die Vorschlags- und Bewertungsphase des Bürgerhaushalts 2012, nun folgt die Auswertungsphase durch die Stadtverwaltung. Will heißen: Jetzt werden die Vorschläge geprüft und mit einer Stellungnahme versehen. Unter <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2012/node/205> findet man die Bestenliste der Vorschläge – 25 pro Themenbereich. Insgesamt muss die Stadtverwaltung demnach 100 Vorschläge auswerten.

Der weitere Zeitplan des Verfahrens sieht so aus: Von Dezember 2011 bis März 2012 erfolgen die Auswertung durch die Verwaltung, Vorberatungen in den Bezirksvertretungen sowie den Fachausschüssen. Der Finanzausschuss berät den Haushaltsplanentwurf mit den erarbeiteten Veränderungsnachweisen und den Vorschlägen aus dem Bürgerhaushaltsverfahren voraussichtlich im März 2012. Ebenfalls im März wird der Stadtrat den Haushaltsplanentwurf beschließen.

Für die Umsetzung des Gewinner-Vorschlags im Bereich Kinder und Jugend – Vorschlag Nr. 30 „HALLENBÄDER WEIDEN UND NIPPES FÜR UNSERE KINDER ERHALTEN“ – könnte es im März 2012 schon zu spät sein, denn die Bäder sollen bereits im Februar dicht gemacht werden. Trotz der vielfachen Proteste, der stichhaltigen Argumente und der vielen Vorschläge zur Weiterfinanzierung hat sich die Rot-Grüne Koalition gegen die Wünsche der Einwohner(innen) gestellt und das Aus für die Bäder beschlossen. Es kann also gut sein, dass schon die ersten Abriss- und Stilllegungsmaßnahmen vollzogen



Die Bäderinitiative Nippes warb mit einem Stand für ihren Vorschlag im Bürgerhaushalt zum Erhalt der Bäder in Nippes und Weiden.

worden sind, wenn es zur Beratung kommt. Vielleicht heißt es in der Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag Nr. 30 dann einfach nur: kann nicht umgesetzt werden, weil ein Teil des Bades schon abgerissen wurde. Wir finden, dass die Stadt so nicht mit den Anliegen aus ihrem Bürgerhaushalt umgehen darf! Daher hat die Fraktion der LINKEN eine Anfrage zum Zeitablauf der Schließung gestellt, auf deren Beantwortung wir noch warten.

So ganz neu wäre solch ein Verhalten der Stadtverwaltung nicht, stellt sich doch sowieso die Frage, wie viele Vorschläge der

letzten Bürgerhaushalte umgesetzt wurden. Der Gewinner des Bürgerhaushalts 2008 im Bereich Sport z. B. hieß „Erhalt des Hallenbades Weiden“ und wurde – wie aus diesem Beitrag abgeleitet werden kann – nicht umgesetzt. Übrigens nehmen die Kölnerinnen und Kölner zur Kenntnis, dass die Stadt nicht wirklich auf ihre Vorschläge eingeht, und dies wird auch auf der Internetseite „Lob und Anregungen“ des Bürgerhaushalts unmissverständlich kritisiert (https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2012/lob_und_kritik).

Marie Kuster

War da was? Nur noch im Lokalteil kam der Bildungsstreik 2011 im Kölner Stadt-Anzeiger vor. Im Jahr 2009 hatte das noch ganz anders ausgesehen. Damals war bereits im Vorfeld und an den Aktionstagen selbst ausführlich und durchweg positiv über den bundeswei-



ten Protest von Schülern, Studierenden und Auszubildenden berichtet worden. Damals waren aber auch Hunderttausende auf die Straßen gegangen und es hatte vielerorts stark beachtete und länger andauernde Hörsaalbesetzungen gegeben.

Dies hatte schließlich zur Folge, dass sich die Politiker zu Reaktionen genötigt sahen. Zwar wurde auch dabei großenteils folgenlose Symbolrhetorik zelebriert. In vielen Bundesländern gab es aber auch konkrete Schritte: da wurden die Studiengebühren für Erststudiengänge abgeschafft, Kopfnoten verschwanden wieder aus Zeugnissen, für Schulkonferenzen wurde die drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt. Bil-

Bestreikter Bildungsstreik?

dungspolitische Fragen wurden wieder breit diskutiert. Angela Merkel tourte bildungsinteressiert durch die Bundesländer und ernannte Deutschland – in krassem Widerspruch zur Realität – zur »Bildungsrepublik«. Und in NRW wurde ein – allerdings durchaus fragwürdiger – »Schulfrieden« ausgerufen. In der Gesamtsicht hatte sich aber gezeigt, dass aktiver Protest zumindest punktuelle Erfolge zeitigen kann.

In diesem Jahr jedoch blieb die Beteiligung aus Schulen, Unis und Betrieben weit hinter den Erwartungen zurück. So reichten zwar die Schätzungen der Teilnehmerzahl der Kölner Bildungsstreikdemo am 17.11. bis zu 4 000. Die Wahrheit aber dürfte wohl eher in der Nähe der von der Polizei geschätzten Zahl von 1 000 Teilnehmern gelegen haben.

Haben also Schüler, Studis und Azubis ihren eigenen Bildungsstreik bestreikt? Reichten die erwähnten punktuellen Erfolge schon aus, um den Protest zu ersticken?

Das ist wohl nicht der Fall. Die Grundübel der deutschen Bildungsmisere bestehen nämlich ungeschmälert, zum Teil sogar in verschärftem Maße fort:

Nach wie vor ist das gesamte System von den Kitas bis zu Unis und beruflicher Ausbildung entscheidend geprägt durch ein dichtes Netz von Selektionsmechanismen. Sie rauben Kindern aus benachteiligten sozialen Verhältnissen oder mit Behinderungen die Chancen auf durchgängige Bildungsteilnahme.

Nach wie vor ist das gesamte Bildungswesen in Deutschland hoffnungslos unterfinanziert. Entgegen vollmundigen Ankündigun-

gen der Erhöhung des Bildungsaufwendungen auf 10, ja sogar 15 % des Bruttoinlandsprodukts bringt es Deutschland nicht einmal auf 5 % und liegt damit auf dem sechszehnten Platz unter 36 OECD-Ländern. Entsprechend miserabel sind personelle und materielle Ausstattung der öffentlichen Bildungseinrichtungen, und entsprechend katastrophal die Lehr- und Lernbedingungen.

Nach wie vor sind Lehrinhalte, Vermittlungsmethoden und Lernerfolgskontrollmechanismen von einer unmenschlichen neoliberalen Leistungs- und Wettbewerbsphilosophie getragen, die vielleicht konsum- und karrieregeile Berufsfunktionierer, nicht aber mündige, selbstbewusste und sozial verantwortliche Glieder einer demokratischen Gesellschaft hervorbringt.

Genau diese Bedingungen aber sind es, die mit zunehmendem Leistungsdruck, vielschichtigen Konkurrenzzwängen und Auslesemechanismen die Lernenden und Studierenden immer stärker daran hindern, sich über gesellschaftlich relevante Zusammenhänge zu informieren, entsprechend Kraft und Zeit zu sozialem und politischem Engagement aufzubringen und zum Beispiel den diesjährigen Bildungsstreik aktiv mitzutragen. Dieser verhängnisvolle Kreislauf von Druck, Wettbewerb und Entsolidarisierung muss aber unbedingt durchbrochen werden, damit die Grundlagen der demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft nicht weiterhin demontiert werden.

Oswald Pannes

Kitas: In die Gruppen gehören Fachkräfte!

In der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses wurde am 21.11.2011 beschlossen, die Finanzierung der hauswirtschaftlichen Hilfskräfte für das kommende Jahr 2012 weiterzuführen. Die bisherige Befristung ihrer Beschäftigung wäre Ende 2011 ausgelaufen. Die hauswirtschaftlichen Hilfskräfte sind eine wesentliche Entlastung für die Erzieherinnen und Erzieher in Kölner Kitas. Die Einrichtung dieser Arbeitsplätze wurde zwischen den Tarifpartnern ver.di und der Stadt Köln im Rahmen des Gesundheitstarifvertrages vereinbart. Die hauswirtschaftlichen Arbeiten in Kindertageseinrichtungen hatten durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) 2008 erheblich zugenommen. Die Übermittagsbetreuung und damit die Ausgabe von Mittagessen wurden ausgeweitet. Bis zur Anstellung hauswirtschaftlicher Kräfte mussten die Erzieher und Erzieherinnen diese Arbeiten erfüllen. Erzieherinnen und Erzieher sind aber pädagogische Fachkräfte. Sie gehören in die Gruppen zur Betreuung der Kinder und nicht in die Küche. Damit sie sich ihren eigentlichen Aufgaben widmen können, wurde der Einsatz hauswirtschaftlicher Hilfskräfte notwendig. Der Stundenlohn dieser Kräfte liegt derzeit bei 8,54 Euro.

Der bisherige Beschluss sieht eine Finanzierung hauswirtschaftlicher Kräfte nur für stadteigene Kindertagesstätten vor. Aus diesem Grund hatte die Liga der Wohlfahrtsverbände einen Änderungsantrag eingebracht. Der Großteil der nicht städtischen Kindertagesstätten wird von den Wohlfahrtsverbänden betrieben. Sie handeln im Auftrag der Stadt, die einen Großteil der Finanzierung auch dieser Kitas trägt. Die Wohlfahrtsverbände beantragten nun, dass die Stadt auch für diese Kitas hauswirtschaftliche Kräfte finanziere. Sie verwiesen dabei sehr nachvollziehbar darauf, dass sie in städtischem Auftrag handeln und forderten Gleichbehandlung ein. Über den Änderungsantrag wurde im Ausschuss noch kein Beschluss gefasst. Er wurde in die anstehenden Haushaltsberatungen verschoben.

Gisela Stahlhofen



Veranstaltung von
Dr. Carolin Butterwegge MdL

GUTE KITAS FÜR ALLE?
KINDERTAGESBETREUUNG UND U3-AUSBAU IN KÖLN

MONTAG, 28. NOVEMBER 2011
19:00 UHR

Bürgerzentrum Kalk, Tagesraum 1
Kalk-Mülheimer Str. 58, 51103 Köln-Kalk

DIE LINKE.
Kreisverband Köln
Ortsverbände Schäl Sick und Lindental

Gute Kitas für alle?
Eine Diskussionsveranstaltung mit
Dr. Agnes Klein (Kölner Bildungsdezernentin)
Hildegard Merten (GEW)
Carolin Butterwegge (MdL NRW)

Aus den Ausschüssen

■ Gesundheit

Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg?

Der Gesundheitsausschuss hat am 15.11.2011 in einer angeblich ersten Lesung der Verwaltung grünes Licht gegeben, die Planung des neuen Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg der Öffentlichkeit vorzustellen. Die letzte Runde ist damit eingeläutet.

Schon seit 6 Jahren versucht die Verwaltung mit immer wieder neu gestrickter Argumentation den Bau der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg im Bereich Buchforst/Kalk durchzusetzen. Auf allen bisherigen sehr gut besuchten Informationsveranstaltungen haben die Buchforster und Kalker Bürgerinnen und Bürger der Stadtverwaltung immer wieder dargelegt, warum sie einer solchen Bebauung nicht zustimmen werden. Durch verschiedene Aktionen untermauerten sie, dass sie dies auch mit allen Mitteln verhindern wollen.

Die Klage einer leider jetzt verstorbenen Bürgerin hat die Stadt auch nicht an ihrem Vorhaben gehindert, obwohl es noch kein Ergebnis der gerichtlichen Überprüfung gibt. Jetzt aber kommen auf einmal neue Darstellungen hinzu, die an Dreistigkeit nicht zu überbieten sind. Man wolle für die in 1 000 Meter Umkreis angrenzenden öffentlichen Gebäude (z. B. Kitas und Seniorenwohnheime) Lärmschutzfenster einrichten (Kosten 400.000 Euro), die Stadtautobahn mit Flüsterasphalt versehen und die Waldeckerstraße auf zwei Spuren reduzieren. Diese Maßnahmen sind bereits seit Jahren überfällig und haben mit der Kalkbergmaßnahme nun überhaupt nichts zu tun.

Der Stadtteil Buchforst ist bereits jetzt extrem lärmbehaftet. Er ist an drei Seiten

von stark ausgelasteten Bahnstrecken und an der vierten Seite von der Stadtautobahn umgeben. Hinzu kommt jeden Tag der Lärm der 30-Tonner über die Waldecker Straße, die die Auffahrt zur Zoobrücke nicht mehr befahren dürfen. Buchforst ist für sie die letzte Möglichkeit, die Autobahn zu verlassen. Wie lange dieser Zustand noch geduldet werden muss, weiß auch die Verwaltung nicht.

Jetzt soll dann durch den Hubschrauber noch mehr Lärm hinzukommen – auch die Verwaltung gibt zu, dass Hubschrauber Lärm machen – und dafür sollen dann Lärmschutzmaßnahmen errichtet werden, die am jetzigen Lärm gar nichts ändern werden. Wer soll hier wie für blöd gehalten werden?

Des Weiteren ist wohl in letzter Zeit ein Wunder geschehen. Die in den 70er Jahren nicht begehbare, gesundheitsgefährdende Müllkippe ist jetzt zu einer zu vernachlässigenden Altlast mutiert. In den 70er Jahren wollten die Bürgerinnen und Bürger aus Buchforst den Kalkberg für sich als Erholungsgebiet ausgewiesen haben, wurden aber mit Hinweis auf eine Gesundheitsgefährdung durch die möglichen Gifte am Betreten und an einer Umsetzung dieser Idee gehindert. Wie es euch gefällt!

Viele andere Standorte für die Betriebsstation wurden geprüft, aber es lässt sich der Eindruck nicht wegwischen, dass es bei allen Prüfungen an Intensität mangelte. So intensiv wie der Kalkberg befürwortet und an seiner Umsetzung gearbeitet wird, so intensiv hätten auch die Prüfungen der anderen Standorte ausfallen sollen. Zum Beispiel werden auf dem Flughafen im Bereich der militärischen Nutzung Flächen frei, die aber schon heute als nicht brauchbar bezeichnet wurden. Ist schon erstaunlich, wie schnell eine gewollte Entscheidung herbeigeprüft wird.

DIE LINKE wird im Rat im Dezember bei der Ablehnung dieser Maßnahme bleiben. Wir stehen für ein lebenswertes und lebenswertes Veedel!

Uschi Röhrig und
Franz-Albert Krämer

■ Jugendhilfeausschuss

Pänz müssen spielen können

Rutschen, Kletterstangen, Laufwalzen... ältere Spielgeräte können gefährlich sein, wie die Verwaltung in einer aktuellen Vorlage darstellt. Als sie aufgestellt wurden, waren manche Sicherheitsrichtlinien der EU noch nicht in Kraft.

Es ist das richtige Vorgehen wie es die Verwaltung vorschlägt, solche Spielgeräte abzubauen, bevor Kinder zu Schaden kommen. Aber die abzubauenden Spielgeräte müssen ersetzt werden. Sonst bleibt nur der vermutlich unfallfreie Sandkasten, der nur für die Kleinsten ein attraktives Angebot darstellt und sie zu kreativem Spielen anregt. Auf Schulhöfen fehlt zumeist auch noch dieser.

Die Erneuerung von Spielgeräten ist aber mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden und erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung der Stadt. Eine Aussage im Jugendhilfeausschuss war in diesem Zusammenhang, „Sponsoring“ oder „Fördervereine“ müssen zur Unterstützung herangezogen werden. Aber was machen Stadtteile, die auf diese Möglichkeit nicht zurückgreifen können?

Es ist offensichtlich, dass die Einwohnerschaft nicht in allen Veedeln gleichermaßen finanzkräftig ist.

Verlässt man sich auf privates Sponsoring von Spielplätzen, dann beschwört man damit das Problem herauf, dass zum Beispiel am Kölner Stadtwald ein hervorragendes Spielangebot erhalten bleibt oder sogar noch ausgebaut wird, während in anderen Stadtvierteln ein Gerät nach dem anderen abgebaut wird. Das Leben am Stadtwald ist für die dort Lebenden bestimmt wunderschön, aber die Kinder aus benachteiligten Stadtgebieten müssen auch das Recht auf spielerische Entwicklung haben. Um ALLEN Kindern gerecht zu werden, muss die Stadt Geld in die Hand nehmen.

Gisela Stahlhofen

■ Umwelt und Grün

Kampf gegen den Bürgerwillen und gegen die Logik

Die Stadt Köln hat prognostiziert, dass ihre Friedhöfe größer sind als für die kommenden Jahrzehnte notwendig wäre. Deshalb will sie zum einen vorgehaltene Erweiterungsflächen freigeben. Dieser Grund würde dann für die Stadtentwicklung verfügbar

Ab 1.1.2012 sind nur noch „P-Konten“ vor Pfändung geschützt!

Ab dem 1.1.2012 ist es nicht mehr möglich, ein normales Girokonto vor einer drohenden Pfändung schützen zu lassen. Bislang konnte eine Person, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war, ihr Girokonto, von dem aus der tägliche Bedarf, Miete, Heizkosten und so weiter beglichen wurde, gerichtlich vor einer Pfändung schützen lassen. Ab kommendem Jahr kann aber jedes normale Girokonto gepfändet werden. Damit sind auch Arbeitslosengeld II und Kindergeld, die auf ein normales Konto eingehen, pfändbar. Die Möglichkeit, sich vor einer Pfändung zu schützen, besteht durch das sogenannte P-Konto.

Auf einem P-Konto ist der Grundfreibetrag vor einer Pfändung geschützt, das sind pro Monat 1028,89 Euro. Ein Girokonto kann jederzeit bei der Bank oder Sparkasse in ein P-Konto umgewandelt werden. Das sollte rechtzeitig vor dem 1. Januar 2012 geschehen, um keine bösen Überraschungen zu erleben!

Mehr Informationen zum Thema gibt es im öffentlichen Arbeitskreis Soziales am 8.12. um 18:00 Uhr in den Räumen der Fraktion am Gülichplatz 1-3. Wir haben Christoph Zerhusen, Rechtsanwalt und Schuldnerberater, eingeladen. Auf der Webseite der Fraktion gibt es zum Thema auch ein Faltblatt zum Herunterladen. *wk*

werden. Zum anderen möchte sie nicht benötigte Flächen in Friedhöfen ausgliedern. Davon erhofft man sich eine Senkung der Betriebskosten und in der Folge eine Senkung der Gebühren. Die Friedhöfe tragen ihren Betrieb, z. B. auch Gärtnerarbeiten, durch die Gebühren im Wesentlichen selbst.

Nun bietet die Dorfgemeinschaft Köln-Weiß an, die Kosten der Sanierung der Trauerhalle auf dem dortigen Friedhof zu übernehmen. Die BV Rodenkirchen bat daraufhin die Stadt die diversen diesbezüglichen Satzungen beziehungsweise Gebührenordnungen so zu ergänzen, dass da ein Kolumbarium eingerichtet werden kann. Ein Kolumbarium ist ein Bauwerk das wie ein Regal für Urnen funktioniert.

Wohlgermerkt, Rodenkirchen bittet nicht um Geld aus dem Haushalt, sondern um die Ergänzung von Vorschriften! Der Beschluss der BV hierzu war einstimmig! Die Verwaltung und der Ausschuss Umwelt und Grün fanden das nicht gut und lehnten die Bitte ab, denn erstens bestehe kein Bedarf, das heißt kein Wunsch der Bürger, und zweitens würde durch ein Kolumbarium die Überkapazität noch größer.

Es ist schon seltsam: Ein einstimmiger Beschluss einer BV dokumentiert keinen Bedarf, keinen Bürgerwillen?

Noch seltsamer: Die Stadt will Friedhofsflächen entwidmen (unterstellen wir: soviel wie passend) aber eine Form, die weitere Flächen einspart, wird abgelehnt?

Dieter Koberg

■ Umwelt und Grün

Vorgezogene SOFORT- maßnahmen – nun später

In der letzten Ausgabe des Platzjabbecks gab es einen Artikel, der sich launig mit dem verspäteten Start in die Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Köln beschäftigte. Die humorige Form hat auch auf die Verwaltung abgefärbt, die zwischenzeitlich endlich eine Vorlage in die Gremien einbrachte mit dem Titel „vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm“.

Eigentlich hätten doch alle „Hurra“ rufen müssen, „endlich tut die Stadt was.“ Aber was passiert wirklich? Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet um Wiedervorlage am 8.12.2011.

Was machen die nachfolgenden Gremien? Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales und der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweisen die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Okay und was machen deren nachfolgende Gremien? Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss stellen das Thema zurück.

Nun hat noch der Ausschuss Kunst und Kultur die Chance etwas zu beschließen, bevor die Vorlage wieder im Umweltausschuss landet.

Vielleicht fragt sich jetzt mancher so wie ich, was das noch mit „Sofortmaßnahmen“ zu tun hat. Das „vorgezogene“ ist ja eh schon ein Hohn.

Im Bereich der medizinischen Versorgung versteht man unter „Sofortmaßnahmen“ den Erhalt bzw. die Wiedererlangung der lebenswichtigen Körperfunktionen des Patienten, der so genannten Vitalfunktionen. Erst danach folgt in der Rettungskette die Erste Hilfe und die medizinische Notversorgung bis zur Behandlung (meist im Krankenhaus). Wer einen Führerschein erwerben will, braucht eine Ausbildung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen. Außerdem ist man gesetzlich verpflichtet zu helfen. § 323c „Unterlassene Hilfeleistung“ des StGB besagt:

„Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“

Dass sich dieser Paragraph nicht auf das Klima bezieht, steht übrigens nirgends.

HP Fischer

■ Finanzen

Kostenanstieg bei der Bühnensanierung befürchtet

Auf der Tagesordnung des Rates am 24.11. steht auch der Baubeschluss zur Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz. 253 Millionen Euro sind hierfür durch einen früheren Ratsbeschluss veranschlagt. DIE LINKE hatte sich für eine kostengünstigere Sanierung eingesetzt und deshalb diesen Beschluss nicht mitgetragen. Die Fraktion hatte auch darauf hingewiesen, dass große Bauvorhaben in Köln die Tendenz haben, erheblich teurer zu werden, und deshalb Zurückhaltung eingefordert.

Ein Bericht des Rechnungsprüfungsamtes lässt nun die Sorgen wachsen, dass dieser Kostenrahmen noch deutlich überschritten werden könnte. Das Rechnungsprüfungsamt erkennt an einigen Stellen widersprüchliche Kostenangaben und sieht bei anderen Positionen bereits jetzt Hinweise, dass die ursprünglich veranschlagten Kosten überschritten werden.

Bezüglich der Freiräume und der Ausstattung der Bühnen gebe es bislang nur Schätzungen aber keine detaillierten Kostenrechnungen. Über diese Bereiche solle deshalb kein Beschluss erfolgen. Rechtliche Gründe verböten gar einen Baubeschluss bei dieser geringen Planungstiefe.

Womöglich kann ein striktes Kostencontrolling, wie es das RPA vorschlägt, verhindern, dass die Ausgaben für die Bühnen derart aus dem Ruder laufen, wie dies bei so vielen anderen Baumaßnahmen in Köln der Fall ist.

Jörg Detjen

Gemeinsam für mehr Aufklärung am Welt-Aids-Tag 2011

Viele prominente Vertreter und Vertreterinnen aus Medien, Politik und Verwaltung unterstützen am 1. Dezember die Aidshilfe Köln und setzen sich für mehr Aufklärung und gegen Diskriminierung ein. Dafür organisierte die Aidshilfe Köln am „Welt-Aids-Tag 2011“ eine Pressekonferenz.

Für DIE LINKE nahm an der Pressekonferenz Ratsmitglied Sengül Senol teil.

Der Welt-Aids-Tag am 1. Dezember wird auf der ganzen Welt dafür genutzt, auf das Thema HIV und Aids aufmerksam zu machen, für mehr Solidarität zu werben und sich aktiv für mehr Aufklärung einzusetzen.

Jede Minute infizieren sich auf der Welt zehn Menschen neu mit dem HI-Virus und auch in Köln ist die Gefahr nicht gebannt. Durchschnittlich jeden zweiten Tag wird in unserer Stadt eine Person positiv auf HIV



getestet (Quelle: Aidshilfe) und über 3000 Menschen leben in der Domstadt mit dem HI-Virus. Deswegen ruft die Kölner Aidshilfe schon seit vielen Jahren am Welt-Aids-Tag zu einer großen Solidaritätsaktion auf. Hunderte Kölner Bürger, darunter viele Schülerinnen und Schüler, ziehen rund um den 1. Dezember gemeinsam durch die Kölner Innenstadt. Der Verein Aidshilfe bittet um Spenden.

Mehr Informationen zur Arbeit der Aidshilfe Köln und zum Welt-Aids-Tag finden Sie unter www.aidshilfe-koeln.de.

Sengül Senol

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November!

13:00-16:00 Uhr Informationen in der Schildergasse

18.30 Uhr Protestmarsch „Wir fordern die Nacht zurück“, Beginn am Eigelstein

20:00 Uhr Abschlusskundgebung am Zülpicher Platz

29.11.: 18:30 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Angst trifft Mut“ im Studio Dumont

50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Grußwort von Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen, im Kölner Rathaus am 15.11.2011



50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei, eine Gelegenheit zum Rückblick, aber auch gleichzeitig für einen Blick nach vorne. Lassen sie mich mit dem bekannten Zitat von dem Schweizer Schriftsteller Max

Frisch sie alle herzlich begrüßen und beginnen: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.“

Der 38-jährige Portugiese Armando Rodrigues de Sá wurde zur Symbolfigur der Gastarbeiter, als er mit Blumen und einem Moped als millionster Gastarbeiter am Deutzer Bahnhof begrüßt wurde.

Jahrzehnte später wird in Deutschland über misslungene Integration, Ängste vor islamistischem Terrorismus, über Multikulti und Leitkultur in der Gesellschaft heftig debattiert. Es werden dabei auch Ängste bewusst geschürt. Die Politik sieht sehr oft tatenlos zu. Debatten über Bücher von Sarrazin, Kelek oder Ates torpedieren auf populistische Weise die errungenen Gemeinsamkeiten und das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Wir dürfen uns das erreichte Miteinander mit derartigen hitzigen fehlgeleiteten Diskussionen nicht zerstören lassen. Es gibt keinen Grund zur Resignation. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden und unseren Beitrag zum friedlichen und gleichberechtigten Miteinander weiterhin beitragen.

Damals, am 30. Oktober 1961 begann die offizielle Geschichte der türkischen Arbeitsmigration nach Deutschland. Grund genug für uns alle, eine Bilanz zu ziehen. Denn die Zuwanderung aus der Türkei fand unter besonderen Bedingungen statt. Die Gründe für das Abkommen unterschieden sich kaum von denen von anderen Ländern, wie Italien, Spanien oder Portugal. Anders als bei diesen enthielt das Anwerbeabkommen mit der Türkei jedoch keinerlei Regelungen zum Familiennachzug. Die Aufenthaltsgenehmigungen wurden grundsätzlich auf zwei Jahre befristet, offenbar um eine dauerhafte Ansiedlung zu verhindern. Kurz: Der Start in die Einwanderungsgesellschaft war für die Menschen aus der Türkei besonders schwierig. Ich stelle diese Besonderheit heraus, weil sie bis heute negative Folgen für die Integration der Migrantinnen und Migranten aus der Türkei hat. Sie mussten sich geradezu unwillkommen fühlen. Sie wurden oft in Wohnheime und die sogenannten Werksiedlungen „gesteckt“. Heute spricht man von Parallelgesellschaften. Wenige stellen sich die Frage nach der historischen Entwicklung. Es ist aber nur allzu ver-

stänglich, dass Menschen, deren Selbstwertgefühl immer wieder so verletzt wird, einen Ausweg suchen.

Der Weg zu Anerkennung und Selbstwertgefühl führte unter anderem dazu, dass sie sich selbst organisierten. Sie gründeten Vereine, um ihren sozialen, kulturellen und religiösen Anforderungen gerecht zu werden. Diese Bemühungen haben auch zur Entwicklung und Festigung ihrer Identität und zur Pflege ihres Selbstwertgefühls beigetragen.

Mit dem Anwerbestopp 1973 und dem darauf folgenden starken Familiennachzug war die Zeit der Wohnheime und der totalen Abschottung zwar vorbei, doch Maßnahmen wie die Kürzung des Kindergeldes für die Kinder im Heimatland, die Rückkehrprämien und Ähnliches machten immer wieder deutlich, dass Deutschland nicht nur auf Einwanderung eingestellt war, sondern sich auch lange nach Beginn der Einwanderung nicht ernsthaft mit der Einwanderung auseinandersetzte. Die Politik verweigerte die Anerkennung von Deutschland als Einwanderungsland bis zum Jahre 2000.

Diese Einwanderer haben der deutschen Wirtschaft eine enorme Dynamik gegeben. Sie haben die schwierigsten, schmutzigsten Arbeiten geleistet, sie waren auch als die Ersten arbeitslos, als die Arbeitsplätze knapp wurden. Danach haben sie eigene ethnische Ökonomien gegründet und sie sind heute darüber hinaus in über 55 Branchen als Unternehmer tätig und beschäftigen nicht nur Hunderttausende von Menschen aus unterschiedlichen Nationalitäten. Sie bilden aus und übernehmen damit auch gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation.

Meine Damen und Herren, Für die Zukunft sind mir aber noch einige Punkte besonders wichtig, wenn es nicht nur bei Dankesworten für die Arbeitsmigranten der ersten Stunde aus der Türkei bleiben soll, sondern der Dank müsste sich in tatsächlichem Handeln der Politik ausdrücken:

Wir brauchen endlich das kommunale Wahlrecht für alle auf Dauer hier lebenden Menschen.

Wir brauchen endlich ein Einbürgerungsrecht, dass es auch den türkeistämmigen Menschen erlaubt, ihre Herkunftsstaatsangehörigkeit beizubehalten. Das bedeutet auch Abschaffung der so genannten Optionspflicht.

Und diese unwürdige Visapflicht für türkische Staatsbürger gilt es abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, in Solingen und Mölln wurden 1993 auf Menschen nur aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit Brandanschläge verübt.

Ich habe damals gehofft, dass die Politik darauf mit entsprechenden Maßnahmen

deutlich machen würde, dass Menschen aus der Türkei Teil dieser Gesellschaft sind. Von der damaligen Bundesregierung wurden leider keine Maßnahmen ergriffen, die ein dringend notwendiges Umdenken in der Gesellschaft zur Folge gehabt hätten.

Es blieb alles beim Alten. Auch in den darauf folgenden Jahren wurden immer wieder Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit angegriffen und ermordet. Die aktuell aufgeklärten Morde an 9 Menschen sind ein weiterer Schandfleck in der Migrationsgeschichte. Wir benötigen dringend eine politische Antwort, dass diese Menschen ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind und dass wir sie für die Zukunft unserer Gesellschaft gewinnen müssen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich gerne einige persönliche Bemerkungen über Integration machen: Wer seine Herkunft und Kultur leugnet oder leugnen muss, kann keine gesunde Identität entwickeln. Nur ein Mensch mit einer gesunden Identität und Selbstwertgefühl ist in der Lage, sich neuen Lebensformen und Kulturen des Einwanderungslandes und damit der Integration zu öffnen.

Wer diese Realität nicht akzeptiert, darf aber auch keine Integration fordern.

Daher ist wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration, die Sprache, Kultur und Religion der Migranten gleichberechtigt nach dem Gebot des Grundgesetzes zu behandeln und zu fördern. Wir dürfen nicht Integration fordern und Assimilation meinen.

Die Kulturen der Mehrheitsgesellschaft und der Migranten haben eigentlich viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede, was leider sehr oft nicht wahrgenommen wird.

Aber die Unterschiede bestimmen leider sehr oft die Stimmung für das Zusammenleben in unserem Land.

In unserer Gesellschaft kommen meines Erachtens die Vielfalt der Kulturen als Bereicherung und die Normalität des täglichen Zusammenlebens viel zu kurz.

Wenn wir aber gut und friedlich zusammenleben wollen und die Zukunft dieses Landes gemeinsam gestalten wollen, müssen wir unsere Gemeinsamkeiten viel mehr betonen als unsere Differenzen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen Rassisten und Extremisten keinen Raum geben, egal woher sie kommen. Wir dürfen uns nicht von den Rassisten für den Kampf der Kulturen instrumentalisieren lassen, sondern sollten uns für den Frieden der Kulturen und damit auch für den Weltfrieden einsetzen.

Kalk: Blockaden stoppen rechten Aufmarsch

Die Aktionen gegen den rechten Aufmarsch durch Kalk am 19. November waren ein voller Erfolg. Rund 1000 Menschen waren aktiv, um Kalk gegen die Rechtsradikalen von „ProKöln“ (PK) zu verteidigen. Mehrere Hundert nahmen an Blockaden auf der Kalker Hauptstraße teil, die dazu führten, dass der rechte Aufmarsch gegen das Autonome Zentrum nach drei Stunden Warten und einer lächerlichen Runde um das Postgebäude abgeblasen wurde. Die Polizei traute sich nicht, die Blockaden zu räumen. Dies schien der Polizeiführung in der Woche nach der Enthüllung der möglichen Kumpanei von Staatsorganen mit Nazi-Terroristen in Thüringen offensichtlich zu heikel.

PK hatte statt der angekündigten Kalker BürgerInnen lediglich die 60 üblichen Verdächtigen mobilisiert, darunter auch Leute aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen. Kalker AnwohnerInnen beteiligten sich nicht an der rechten Kundgebung.

Wie üblich stilisieren sich die Rassisten auf ihrer Website zu Opfern einer Allianz von „Linksextremen“ und der Polizei, die angeblich die Gegendemonstranten hat gewähren lassen. Nichts könnte falscher sein. Die Polizei hatte Einiges getan, um den Rassisten-Marsch möglich zu machen.



ProKöln demonstriert machtvoll zwischen Waschsalon und der Rückwand der Weihnachtsmarktbduden

Sie hielt sich nicht an ihre Ankündigungen, die sie in Vorgesprächen gemacht hatte. Dort hatte es geheißt, man wolle Kalk nicht durch Polizeieinheiten abriegeln, den AnwohnerInnen sollte freier Zugang zu den Kundgebungen gewährt werden. Man wolle die Rechten nicht bis vor das AZ in der Wiersbergstraße ziehen lassen, deren Abschlusskundgebung werde an Kalk Kapelle stattfinden.

Tatsächlich war die Kalker Hauptstraße schon morgens um 8.00 Uhr komplett abgeriegelt. Alle Seitenstraßen wurden mit Drängelgittern versperrt. Auf der Straße und auch in Imbissen und Cafés fanden Personenkontrollen statt. Zum Teil wurden Leute nicht zur angemeldeten Kundgebung

vom „Bündnis gegen ProKöln“ an Kalk Kapelle durchgelassen. Die AnwohnerInnen wurden durch die massive Polizeipräsenz eingeschüchtert.

Trotzdem konnte die Polizei die Blockaden nicht verhindern. Zu viele Leute gelangten aus ihren Wohnungen oder über den Umweg des Einkaufszentrums Köln-Arcaden auf die Kalker Hauptstraße und formierten dort die Blockaden.

Die Taktik des „Bündnis gegen ProKöln“, dazu aufzurufen, um 9.00 Uhr auf die Kalker Hauptstraße zu kommen und gleichzeitig eine Kundgebung an Kalk Kapelle als

Anlaufpunkt und zur Weiterleitung von Informationen anzubieten, wurde durch den Verlauf des 19. November bestätigt.

Auch nicht-organisierte Demonstranten, sogenannte „Normalbürger“ fühlen sich nicht vom Angebot der staatstragend-bürgerlichen Parteien und Verbände angesprochen, fernab der Rechten zu demonstrieren. Sie sind offen für Aktionen zivilen Ungehorsams. Selbst wenn sie nicht aktiv an Blockaden teilnehmen, weil sie das für zu riskant halten, sind sie doch bereit, sich in der Nähe solcher Aktionen aufzuhalten und verstärken damit die Blockaden bzw. schränken die Möglichkeiten der Polizei ein, gewaltsam vorzugehen.

Claus Ludwig



Große Feier beim ersten deutsch-türkischen Verein Deutschlands: 1971 gründete sich der Deutsch-Türkische Verein Köln e. V. als bundesweit erster gemeinsamer Verein von Türken und Deutschen in Deutschland. Der vierzigjährige Geburtstag wurde am Mittwoch, 16. November im Bürgerzentrum Köln-Chorweiler gefeiert. Inhaltlich setzte man sich auch mit der 50-jährigen Geschichte des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens auseinander. Etwa 200 geladene Gäste waren zugegen, als Zeitzeugen über ihre Geschichte sprachen. Bürgermeister Jürgen Roters, Minister Guntram Schneider und Generalkonsul Mustafa Kemal Basa hielten Grußworte. *mk*

Bereits einen Tag nach dem Anschlag in der Keupstraße schlossen deutsche Behörden und Politiker einen rechtsextremen Hintergrund aus

Am 9. Juni 2004 wurden bei der Explosion einer Nagelbombe in der Keupstraße 22 Menschen verletzt, vier davon schwer. Die Machart des Anschlags ließ von Anfang an darauf schließen, dass es viele Tote geben sollte: 10 cm lange Zimmermannsnägel wurden bis zu hundert Meter weit vom Tatort entfernt gefunden. Es war ein Zufall, dass niemand ums Leben kam. An mehreren Ladenlokalen entstand erheblicher Sachschaden. Den Besitzer eines Geschäfts traf es sehr schwer, weil er ein paar Tage zuvor seine Versicherung gekündigt hatte, um diese zu wechseln. Zum Zeitpunkt der Tat war er noch nicht wieder versichert. Er musste für die komplette Renovierung selbst aufkommen, ca. 40 000 Euro.

Bereits nach 20 Stunden Ermittlungen legten sich die Kölner Polizei und der damals zuständige Oberstaatsanwalt darauf fest, dass ein terroristischer und fremdenfeindlicher Hintergrund des Anschlags ausgeschlossen werden könne. Auch der damalige Innenminister Otto Schily erklärte am 10. Juni – vor Abschluss der Spurensicherung – der Presse, der Anschlag habe keinen terroristischen oder fremdenfeindlichen

Hintergrund. Er sprach von Hinweisen auf einen Zusammenhang mit dem „kriminellen Milieu“ und schloss somit eine rassistisch motivierte Tat aus. Große Zeitungen erklärten, es gebe „keine Anzeichen für einen terroristischen Hintergrund“ (FAZ vom 10.6.2004). Der WDR mutmaßte, die Ähnlichkeit der Sprengkörper mit denen anderer Länder lasse auf Erpressung und Einschüchterung schließen. So legten sich viele Presseorgane darauf fest, „kriminelle Ausländer“ würden einander bekriegen.

Auf Unverständnis stieß diese Herangehensweise in der linksgerichteten Presse, und die vorschnelle Absage eines rechtsextremen terroristischen Motivs wurde in Köln von der damaligen PDS kritisiert. Dass der Anschlag in der Keupstraße stattfand – hier arbeiten und leben viele Menschen mit türkischem Migrationshintergrund –, die Opfer Migranten und Migrantinnen waren und die Täter das alles gewusst haben mussten, legte eigentlich die Vermutung eines fremdenfeindlichen Anschlags nahe.

Marie Kuster

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Gesine Löttsch besuchte die Keupstraße



Am 16. Oktober besuchte die Parteivorsitzende der LINKEN Gesine Löttsch die Kölner Keupstraße. Die Nachrichten zum rechtsradikalen Terror in Deutschland setzten den Bom-

benanschlag von 2004 ganz oben auf die Tagesordnung des seit längerem geplanten Besuches von Gesine Löttsch in der Mülheimer Keupstraße. [Ein ausführlicher Bericht zum Anschlag und den damaligen Reaktionen in Presse und Politik findet sich auf Seite 7 dieser Ausgabe.]

Als erstes besuchte die Parteivorsitzende der LINKEN den Friseursalon, in dem die Bombe gelegt worden war. 22 Menschen wurden damals zum Teil schwer verletzt. Gesine Löttsch verurteilte in ihrem Gespräch mit dem Inhaber des Friseurladens Herrn Yildirim den Anschlag und kündigte an, sich für eine Entschädigung einzusetzen.

Geschäftsleute und Vertreter der IG Keupstraße berichteten, dass sich viele

Menschen in den Monaten nach dem Anschlag davor fürchteten die Straße zu besuchen, was zu finanziellen Verlusten der dort ansässigen Geschäfte führte. Auch aktuelle Probleme im Viertel kamen zur Sprache. Die Kundschaft der Keupstraße kommt nicht nur aus Köln, sondern aus einem weiten Umkreis. Etwa eine halbe Million Euro fließt täglich in die Straße. Aber die Verkehrsinfrastruktur hält mit diesem Ansturm nicht Schritt. Bislang habe die Verwaltung keine andere Antwort gefunden als das Verteilen von Strafzetteln. Der Vorsitzende der Kölner Ratsfraktion Jörg Detjen versprach den Geschäftsleuten, dass die Fraktion sich darum kümmern wird.

In dem Restaurant Mevlana – benannt nach einem anatolischen Sufi, der in seinen philosophischen Schriften für Respekt und Liebe warb – sprach Gesine Löttsch mit der Kölner, der überregionalen und auch der türkischen Presse über ihre Eindrücke vom Besuch in der Keupstraße sowie über die Forderungen der Geschäftsleute. Gerade in der türkischsprachigen Presse fand der Besuch große Resonanz. Später traf sie Mitglieder der LINKEN in einem türkischen

Teehaus. In einer lebhaften Diskussion mit Mitgliedern des Ortsvereins Schäl Sick, Vertretern der Ratsfraktion und des Kreisverbandes waren niedrige Renten und das fehlende kommunale Wahlrecht für Migranten, die, selbst wenn sie schon seit 50 Jahren in Deutschland leben, nicht wählen dürfen, Thema.

Sengül Senol

LINKE beantragt Aktuelle Stunde zu den rechtsextremen Anschlägen in Köln

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Fall der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund beantragten die Fraktion DIE LINKE, Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor Zimmermann (DEINE FREUNDE) eine Aktuelle Stunde für die Ratssitzung am 24.11.2011. In der Aktuellen Stunde sollen Hintergründe und die Konsequenzen, die die Stadt Köln aus den Anschlägen vom 9. Juni 2004 in der Keupstraße und vom 19. Januar 2001 in der Probsteigasse ziehen muss, beleuchtet werden. Die grauenhaften Taten kommen in den letzten Wochen Stück für Stück an die Öffentlichkeit. Die NSU bekannte sich dabei auch zu dem Nagelbomben-Attentat in der Keupstraße. In dem Bekennervideo wurde zudem eine Blechdose abgebildet, wie sie auch beim Anschlag in der Probsteigasse verwendet wurde.

Auf Initiative der LINKEN im Rat der Stadt Köln und Matthias W. Birkwald, Kölner Bundestagsabgeordneter der LINKEN, hat der Bundestag beschlossen, dass die Kölner Opfer der NSU nun ebenfalls für ihren physischen, psychischen und finanziellen Schaden entschädigt werden. Der Initiative hatten alle Kölner Bundestagsabgeordneten aller Bundestagsfraktionen zugestimmt. Damit wird ein Zeichen der Ächtung solcher Taten gesetzt und die Opfer erfahren nun endlich die Anerkennung, die ihnen solange verwehrt wurde.

Marie Kuster

Termine... Termine... Termine...

Do, 29.11.2011, 18:00 Uhr
AK Kunst und Kultur
Fraktionskeller, Haus Neuerburg

Do, 29.11.2011, 19:00 Uhr
AK Gesundheit
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 08.12.2011, 18:00 Uhr
AK Hartz-IV/Soziales
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 08.12.2011, 18:00 Uhr
AK Integration
Fraktionskeller, Haus Neuerburg

Mo, 12.12.2011, 17:00 Uhr
AK Umwelt

Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 13.12.2011, 16:30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 15.12.2011, 18:00 Uhr
AK Kunst und Kultur
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 15.12.2011, 19:00 Uhr
AK Gesundheit
Fraktionskeller, Haus Neuerburg

Do, 15.12.2011, 20:00 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg